Nummer 552

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jügler. Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Reutner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 76. Jahrgang Mittwoch, 26. November 1930

Deutschland fordert sofortige Ratstagung.

Zur Behandlung der Anklagen gegen Polen.

Das Reichskabinett hält morgen eine Sitzung ab, in der es sich, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, auch mit der Frage beschäftigen wird, ob zu der Beschwerde gegen Polen beim Völkerbundsrat auch noch ein deutscher Antrag auf sofortige Einberufung einer außerordentlichen Ratstagung eingebracht werden soll.

Von zuständiger Stelle wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß nach der Geschäftsordnung des Völkerbundsrates eine außerordentliche Ratstagung ohne weiteres nur dann einberufen werden muß, wenn die Voraussetzungen der Artikel 11 und 15 der Völkerbundsratssatzung gegeben sind, nämlich entweder das vorliegen dringender Kriegsgefahr oder eines Konfliktes zwischen Bundesmitgliedern, der nicht durch schiedsgerichtliches Verfahren beigelegt werden kann. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, so kann eine Sondertagung nur dann einberufen werden, wenn der Präsident des Rates alle Ratsmitglieder vorher über die Dringlichkeit der beantragten Tagung befragt hat. Seit Bestehen des Völkerbundes sei eine außerordentliche Tagung erst dreimal einberufen worden: zum ersten Male im August 1921 zur Regelung oberschlesischer Fragen, dann im Oktober 1925 wegen des griechisch-bulgarischen Grenzkonfliktes und schließlich im Februar 1926 zur Vorbereitung der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Der Auswärtige Ausschuß ist heute definitiv für den 2. Dezember einberufen worden. Auf der Tagesordnung der Sitzung steht der Konflikt mit Polen.

*

Die polnische Regierung läßt durch ihre Telegraphen-Agentur eine Darstellung der Vorgänge in Oberschlesien verbreiten, die den Tatsachen direkt ins Gesicht schlägt und über die wir auf Seite 2 unseres Blattes berichten. Wie verlautet, wird die deutsche Regierung in ihrer Note an den Völkerbundsrat die polnischen Darstellungen richtigstellen und eingehend widerlegen. Die deutsche Note soll erst veröffentlicht werden, wenn sie dem Völkerbundssekretariat in Genf zugegangen ist.

Brüning verhandelt weiter.

Reichskanzler Dr. Brüning wird erst im Laufe des heutigen Nachmittages seine Verhandlungen mit den Parteiführern über das Finanzprogramm fortsetzen. Er wird, wie verlautet, zunächst die Vertreter der Deutschnationalen, dann die Vertreter der Sozialdemokraten und schließlich die der Bayerischen Volkspartei empfangen.

Suspekte „Freundschaft".

Sozialdemokratie und Reichsregierung.

In einer Betrachtung zur politischen Lage schreibt der sozialdemokratische „Vorwärts":

„Eine Reichsregierung als Diktaturregierung oder eine Reichsregierung als Mehrheitsregierung mit dem Zentrum oder aber die Regierung Brüning, die, wenn es geht, mit einem irgendwie usurpierten Verordnungsrecht geht, parlamentarisch regiert, wenn es aber nicht geht, — diese Möglichkeiten scheinen zur Zeit die allein gegebenen! Wenn heute vielen die Regierung Brüning als das wahrscheinlich kleinste der zur Zeit möglichen Uebel erscheint, so ist das eine Folge des verrückten Wahlergebnisses vom 14. September. Die Sozialdemokratische Partei hat allen Grund, diese Lage der Dinge mit vollkommener Nüchternheit zu betrachten. Liebe zur Regierung Brüning wird es gewiß nicht sein, was ihr Handeln bestimmen wird. Aber ebensowenig wird sie ohne Not eine Haltung einnehmen, die den schlimmsten Feinden der demokratischen Freiheit hilft, ihre Ziele zu erreichen. Ihre politische Hauptaufgabe ist, die Entstehung einer Diktatur zu verhindern, die sich bewußt gegen die Demokratie stellt. Gelingt es, das Aufkommen einer solchen Diktatur mit parlamentarischen Mitteln zu verhindern, so wird die Sozialdemokratie damit viel Blut, Not und Elend sparen."

Die Ausführungen des sozialdemokratischen Blattes sind zwar teilweise mehrdeutig, im großen und ganzen lassen sie aber erkennen, daß die Sozialdemokratie nach wie vor bereit ist, dem Kabinett Brüning so wenig parlamentarische Schwierigkeiten wie möglich zu machen. Nicht aus Sympathie für die Reichsregierung, sondern aus der Erwägung heraus, daß es nur auf diese Weise möglich ist, die Reichspolitik unter sozialdemokratischen Einfluß zu halten. Ja, es hat fast den Anschein, als ob die Sozialdemokraten alles tun wollen, um dem Kabinett Brüning ihre (kompromittierende) „Hilfe" aufzudrängen. Die dunkle Drohung, die in den Worten, man müsse „Blut sparen", enthalten ist, verfolgt offenbar nur diesen Zweck. Sie ist gleichbedeutend mit der Ankündigung, Gewalt anzuwenden, falls sich die Reichsregierung entschließen sollte, auf die sozialdemokratische „Unterstützung" bzw. Bevormundung dankend zu verzichten. Man sollte meinen, daß gerade derartige, mit dem peinlichen Geruch der politischen Erpressung behafteten Methoden dem Kabinett Brüning jeden Geschmack an der sozialdemokratischen „Freundschaft" endgültig verleiden müßten.

—ius.

Preisabbau und Frachttarife

Keine allgemeine Senkung der Eisenbahntarife. — Kohlentarifsenkung für Ausfuhr und Wettbewerbsgebiete. — Weitere Frachtnachlässe für Waren der unmittelbaren Lebenshaltung? — Die finanziellen Schwierigkeiten der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft.

Am 24. und 25. November tagte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin. Einen Hauptgegenstand der Beratungen bildete die Frage, wie weit und in welcher Weise die Reichsbahn bei dem Preisabbauprogramm der Reichsregierung durch Senkung der Tarife helfen kann.

Eine allgemeine Tarifermäßigung zur Zeit zu genehmigen, sieht sich der Verwaltungsrat nicht in der Lage, da die damit verbundenen Mindereinnahmen dazu zwingen würden, so scharfe Drosselungen bei der Ausführung von Bauten vorzunehmen, wie sie weder vom Standpunkt der Betriebssicherheit noch von dem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit tragbar wären.

Die Senkung von einzelnen Tarifen wird schon bisher, soweit es die Finanzlage irgend gestattet, dauernd durch Ausnahmetarife vorgenommen, um Produktion und Arbeitsmarkt zu befruchten. In diesem Sinne gab der Verwaltungsrat die Genehmigung, den Kohlentarif für die Ausfuhr und nach Wettbewerbsgebieten zum 1. Dezember wesentlich herabzusetzen. Eine günstige Auswirkung auf Kohlenabsatz und auf die allgemeine Preis- und Wirtschaftsgestaltung kann aus dieser Senkung von Kohlentarifen erwartet werden.

Im übrigen prüft die Hauptverwaltung zur Zeit die Möglichkeit von Frachtermäßigungen bei Waren der unmittelbaren Lebenshaltung, um die Preissenkungsaktion der Reichsregierung zu stützen. Der Anteil der Fracht, namentlich am Kleinhandelspreis bei Waren der unmittelbaren Lebenshaltung wird freilich immer wieder weit überschätzt.

Der Verwaltungsrat beschäftigte sich eingehend mit der weiteren Finanzwirtschaft der Reichsbahn. Die Finanzlage hat sich infolge der Wirtschaftsdepression und des Wettbewerbs anderer Verkehrsmittel dahin entwickelt, daß für das Jahr 1930 mit einer Mindereinnahme von über 700 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahre gerechnet werden muß. Es tritt für dieses Jahr eine Erleichterung dadurch ein, daß das Reich in dankenswerter Weise auf langfristige Forderungen an die Reichsbahn verzichtet hat, und daß ein Vortrag aus den Erträgnissen früherer Jahre zur Verfügung steht. Eine Anpassung des gesamten Betriebsdienstes an den gesunkenen Verkehr und die Drosselung schon jetzt notwendiger Sachausgaben ist bereits für 1930 bis aufs äußerste durchgeführt. Daraus ergibt sich die Schwierigkeit für das Jahr 1931, in dem einmalige Hilfen wie in diesem Jahre kaum zu erwarten sein werden. Lediglich steht eine Mindermausgabe von etwa 19 Millionen Mark durch die Senkung des Kohlenpreises als sicher fest, eine Ersparnis, die durch die Mindereinnahmen aus der erwähnten Kohlentarifermäßigung und aus der vermehrten Abwanderung der Kohle auf die Wasserstraßen aufgebraucht wird. Weitere Ersparnisse sind aus der vom Reich beabsichtigten Herabsetzung der Beamtengehälter zu erwarten, der sich die Reichsbahn bezüglich ihrer Beamtenschaft anpassen wird. Die Mitglieder des Vorstands haben dem Verwaltungsrat gegenüber auf 20 Prozent ihrer gesamten Bezüge verzichtet. Der Verwaltungsrat hat beschlossen, alle Dienstaufwandsentschädigungen vom 1. Januar 1931 ab um 20 Prozent herabzusetzen. Weitere Entlastungen durch verringerte Personalausgaben und gesenkte Preise sind im nächsten Jahre zwar zu erwarten, reichen jedoch nach der jetzigen Sachlage nicht aus, die zu erwartenden Mindereinnahmen auszugleichen.

Bei dieser Finanzlage hält es der Verwaltungsrat mehr als je für nötig, die Wirtschaft der Reichsbahn mit der größten Vorsicht zu führen. Auch die Finanzwirtschaft des Jahres 1931 muß auf klarer Grundlage aufgebaut werden. Durch die Erhaltung gesunder Reichsbahnfinanzen wird der deutschen Wirtschaft der beste Dienst erwiesen. (Siehe auch Seite 3.)

Länder und Bahnverwaltungsrat.

Der Reichsverkehrsminister zum Entscheid des Staatsgerichtshofes.

Zu der verfassungsrechtlichen Streitsache zwischen dem Reich und den Ländern Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden wegen Benennung von Mitgliedern zum Verwaltungsrat der Reichsbahn wird vom Reichsverkehrsminister folgendes mitgeteilt:

Das Verfahren ist im Einvernehmen zwischen der Reichsregierung und den beteiligten Länderregierungen durchgeführt worden, um eine endgültige Klarstellung der Rechtsfrage herbeizuführen. Durch das Urteil des Staatsgerichtshofs entstehen für die Reichsregierung keine Schwierigkeiten, weil sie für Sachsen bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs einen Sitz im Verwaltungsrat offengehalten und im Einvernehmen mit der badischen Regierung eine dieser Regierung genehme Persönlichkeit in den Verwaltungsrat bereits berufen hat. Außerdem ist zwischen dem Reichsverkehrsminister und der bayerischen und württembergischen Regierung schon vor dem Erlaß des Urteils des Staatsgerichtshofs eine vorläufige Einigung über die weitere Vertretung ihrer Länder im Reichsbahnverwaltungsrat erzielt worden.

Fall Colosser noch nicht erledigt?

Zu den Differenzen in der Wirtschaftspartei

erfahren wir, daß der Konflikt des Abg. Colosser mit dem Parteivorsitzenden Drewitz auch durch die Verhandlungen des Reichsparteiausschusses noch nicht als endgültig erledigt angesehen wird. Die Entscheidung sei vielmehr nur aufgeschoben bis zum Parteitag der Wirtschaftspartei, der nunmehr für April 1931 nach Hannover einberufen werden soll. Bis dahin herrscht gewissermaßen Waffenstillstand. Der Abg. Colosser hat wieder sein Amt im Parteivorstand und behält auch seinen Einfluß auf das Parteiorgan.

Zwischenfälle bei einer Rede des Reichsfinanzministers Dietrich in Bremen.

TU Bremen, 26. November.

In einer von der Deutschen Staatspartei und der Demokratischen Partei einberufenen öffentlichen Kundgebung sprach am Dienstag abend Reichsfinanzminister Dietrich. Angesichts der gerade in den letzten Tagen im Reichstag gepflogenen Verhandlungen über die für das bremische Wirtschaftsleben so einschneidende Tabaksteuererhöhung kam es in der ersten Stunde der Kundgebung zu derartigen Störungen, daß die Versammlungsleitung die Polizei in Anspruch nehmen mußte, die die lärmenden Schreier aus dem Saale wies.

Reichsfinanzminister Dietrich, mit lautem Pfeifkonzert und Trampeln begrüßt, verwies einleitend auf die Bedeutung der Bürgerschaftswahlen und sind dann auf die politische Entwicklung in Deutschland in der jüngsten Vergangenheit über. U. a. betonte er, daß er für die Kürzung der Beamtengehälter die volle Verantwortung trage. Sie solle sich jedoch keineswegs zu einer Dreimeederei in Länder- und Gemeindeangelegenheiten auf die Dauer auswirken. Es sei aber besser, die Beamten bekämen 94 Prozent ihres Gehaltes regelmäßig, als daß sie am 1. April noch auf ihr Gehalt von Weihnachten warteten. Im einzelnen ging dann der Redner auf die Tabaksteuervorlage ein und wies weiter darauf hin, daß eine geordnete Staatswirtschaft und die Ordnung des Reichshaushalts die Voraussetzung für die innere Ordnung in Deutschland seien.

Genfer Zwischenreisen.

Auch der türkische Außenminister fährt nach Rom.

TU Genf, 26. November.

Der türkische Außenminister, der an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz teilnahm, ist heute früh zu einem Besuch der talienischen Regierung abgereist. Er will sich von Rom nach Paris und London begeben. In Rom soll die Frage des Eintrittes der Türkei in den Völkerbund und der Abschluß eines Ergänzungsabkommens zu dem griechisch-türkischen Vertrag behandelt werden, das den Einfluß der drei Mächte im Aegäischen Meer regelt.

Der nichtratifizierte Zollwaffenstillstand.

Die Genfer Wirtschaftskonferenz beschloß am Mittwoch, die am 1. November abgelaufene Ratifizierungsfrist für das Zollwaffenstillstandsabkommen bis zum 25. Januar 1931 zu verlängern und auf einer weiteren Tagung die Frage der Gültigkeit dieses Abkommens erneut zu prüfen.

400 USA.-Flugzeuge nach Rußland geschmuggelt?

EP New York, 26. November.

Vor dem Ausschuß des Repräsentantenhauses zur Untersuchung der kommunistischen Umtriebe in Amerika gab der frühere Vizepräsident der russischen Handelsvertretung in den Vereinigten Staaten, Delgaß, die aufsehenerregende Erklärung ab, Rußland habe im Laufe der letzten drei Jahre 400 amerikanische Kriegsflugzeuge in Amerika angekauft und auf illegalem Wege nach Rußland verschifft. Delgaß erklärte weiter, die Maschinen seien zunächst vom amerikanischen Kriegsministerium angekauft, dann aber von Amtort (Russische Handelsvertretung) als Maschinenteile aus Amerika ausgeführt worden.

Diese Behauptungen, die in der ganzen amerikanischen Presse als Riesensensation aufgemacht werden, werden amtlich als lächerlich abgetan, mit der Begründung, es handle sich um einen gewöhnlichen Verkauf von Liberty-Motoren, die für militärische Zwecke völlig wertlos seien.

Staat und Pazifismus.

Wahlrechtsentzug für Kriegsdienstverweigerer!

„Man muß die Oeffentlichkeit daran gewöhnen, daß sie jeden Reichswehrsoldaten ansieht, als ob er die Pest hätte." Diese in der B. Z. mitgeteilte und nicht dementierte Aeußerung eines sozialdemokratischen Abgeordneten, gefallen und beifällig beklatscht in einer pazifistischen Versammlung, hat mit einem Schlage den ganzen Umfang der Gefahren aufgezeigt, die der deutschen Wehrmacht wie überhaupt dem deutschen Wehrgedanken von dieser Seite her drohen. Da der Hieb immer die beste Parade ist, wird es allmählich Zeit, zum Gegenangriff zu schreiten. Man wird zunächst, in Umkehrung der Worte des „Genossen" Seger, dafür zu sorgen haben, daß die deutsche Oeffentlichkeit, soweit sie national eingestellt und ihrer nationalen Pflichten bewußt ist, alle Propagandeure der Kriegsdienstverweigerung und der Diffamierung der Wehrmacht als Vaterlandsfeinde ansieht und entsprechend behandelt. Indessen dürfte die moralische und gesellschaftliche Verfemung allein nicht ausreichen, um das unheilvolle Treiben jener Klique wirksam zu bekämpfen. Schon deshalb nicht, weil es sich bei einem Teil dieser Leute sozusagen um „Ueberzeugungstäter" handelt, die in der Erniedrigung und Wehrmachtung des eigenen Volkes nicht etwa eine verwerfliche Handlung, sondern sogar eine Art „höhere Sittlichkeit" erblicken wollen. Da sie für ihre Person jede nationale Bindung ablehnen und sich sogar selbst des Landesverrats als einer höchst verdienstvollen Tat rühmen, wird sich diese Art Menschen selten oder nie von der Verachtung ihrer anständigen Mitbürger berühren, geschweige denn bessern lassen. Hinzu kommt, daß die noch immer unter der Nachwieder-Krieg-Psychose stehenden sozialistischen Massen — durch jahrelange systematische Unterdrückung ihrer nationalen Instinkte von falschen Führern jedes eigenen Urteils in wehrpolitischen Dingen beraubt —, nach wie vor ein ebenso bereites, wie williges Aufnahmebecken für alle Nuancen pazifistisch-defaitistischer Propaganda darstellen, einen sehr lautstarken Resonanzboden, aus dessen Widerhall sich jene Segers, Küstiers, Schoenachs usw. immer wieder eine „moralische Rechtfertigung" ihres unmoralischen Tuns herzuleiten suchen.

Man wird daher, soll die Nation nicht ernsten, vielleicht kaum wiedergutzumachenden Schaden erleiden, zu schärferen Abwehrmaßnahmen gegen die pazifistische Seuche schreiten müssen. Es genügt nicht, ein moralisches Wertgefälle herzustellen zwischen dem Manne, der bereit ist, Staat und Nation mit Einsatz seines Lebens zu verteidigen, und dem „Volksgenossen", der — aus Gründen, die dem Staat gleichgültig sein können — jeden Kriegsdienst verweigert; es ist vielmehr notwendig, dieses Wertgefälle auch politisch, genauer gesagt: staatsbürgerlich zu konkretisieren. Der Staat ist die Gemeinschaftsform, die sich die Nation gegeben hat, um ihren Bestand, ihren Anspruch auf Leben gegenüber den sie bedrohenden Ansprüchen anderer Nationen zu wahren. Indem der Staat den Lebensanspruch der Nation verkörpert, vertritt er auch das Existenzinteresse jedes seiner Glieder. Daraus erwächst für diese, neben dem Recht an der Leitung des Staates mitzuwirken, auch die Verpflichtung, den Staat bis zur letzten Konsequenz zu schützen. Wer diese Verpflichtung bestreitet, leugnet den Lebensanspruch der Nation, stellt sich außerhalb des Staates, außerhalb der nationalen Gemeinschaft; begibt sich damit aber auch eines wesentlichen Teiles seiner Rechte gegenüber dem Staat. Hier muß der praktische Gegenangriff gegen den radikalen Pazifismus einsetzen. Ist es nicht widersinnig und eine ungeheuerliche Ungerechtigkeit gegenüber jedem anständigen, zur Verteidigung der Nation bereiten Deutschen, wenn man staatsbürgerrechtlich keinen Unterschied macht zwischen ihm und den Leuten, die „kein Vaterland kennen", die öffentlich damit prahlen, sie würden der Nation in der Stunde der Gefahr mit Landesverrat und Sabotage in den Rücken fallen?! Widerspricht dieser Zustand schließlich nicht auch einem der heiligsten Grundsätze vielgepriesener Demokratie, der These: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte? Wäre es also nicht auch im höchsten Sinne demokratisch, wenn man Leute, die die vornehmste staatsbürgerliche Pflicht, die Pflicht zur Landesverteidigung, nicht anerkennen, auch des vornehmsten staatsbürgerlichen Rechtes verlustig erklären würde, des Rechtes die Staatsgeschäfte zu beeinflussen, des Rechtes zu wählen und sich wählen zu lassen?

Der naheliegende Einwand, daß die gegenwärtige Verfassung die Pflicht zur Landesverteidigung nicht mehr aus-

Wieder Erdbeben in Japan.

Bisher 220 Tote.

Mitteljapan wurde in der Mittwochnacht von einem schweren Erdbeben heimgesucht, das bis Osaka hin verspürt wurde. Im Mittelpunkt des Bebens lagen die Städte Numazu und Mischima, wo besonders durch Brände, die nach dem Beben ausbrachen, großer Schaden angerichtet wurde. Die Anzahl der Opfer wird Meldungen aus Tokio zufolge nach einer vorläufigen Schätzung des japanischen Innenministeriums mit 220 Toten, 43 Verwundeten und drei Vermißten angegeben, während andere Meldungen von einer weit höheren Zahl von Toten sprechen.

(Näheres siehe im Innern des Blattes.)